

# Danziger Zeitung.

Nº 9730.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettelerhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Rotatiale oder deren Raum 20 M. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Anserationsaufträge an alle andwärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1876.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Paris, 12. Mai. Der Minister des Innern, Nicard, ist in der vorigen Nacht plötzlich an einem Herzleiden gestorben.

London, 12. Mai. Das Unterhaus lehnte in seiner gestrigen Abendssitzung nach lebhafter Debatte mit 334 gegen 226 Stimmen den Antrag James ab, der Regierung wegen der Form der Proklamirung des Kaiserintitels ein Misstrauensvotum zu ertheilen.

Zara, 12. Mai. Der hier nach Berlin durchreisende montenegrinische Senator Petrovich ist angeblich der Ueberbringer eines Memorandums über die Forderungen der Insurgenten.

über die Vorwürfen der Anklageur. Konstantinopel, 12. Mai. Der Großvezier Mahmud Pascha und der Scheik ul Islam sind abgesetzt. Scherif Effendi wurde zum Scheik ul Islam ernannt. Als Großvezier werden Midhat Pascha oder der hierher berufene Husein Avni Pascha oder Mehemed Nachdi Pascha genannt. Zum Minister des Auswärtigen soll Halil Scherif Pascha aussersehen sein.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Bern, 11. Mai. Die internationale Conferenz wegen der Gotthardbahn ist bis in den Monat Juni d. J. verschoben worden, weil die vom schweizerischen Bundesrath in der Angelegenheit niedergesetzte Kommission ihren bezüglichen Bericht zu erstatten noch nicht im Stande ist.

Portsmouth, 11. Mai. Der Prinz von Wales ist an Bord des „Serapis“ heute hier angekommen.

Rom, 11. Mai. Sämtliche Abtheilungen der Deputirtenkammer haben nunmehr ihre Berathungen über die Baseler Convention beendet. Von den durch dieselben gewählten 9 Commissarien sind nur 2 einer Genehmigung des Abkommen zugeneigt, während die 7 übrigen dessen Ablehnung beantragten werden.

Konstantinopel, 11. Mai. Von der mi-  
der Leitung der Presßangelegenheiten betrauten Re-  
gierungsstelle ist eine Verfügung erlassen worden  
wonach von heute ab alle Journale der vorgän-  
gigen Censur unterliegen.

## Abgeordnetehaus.

## 52. Sitzung vom 11. Mai.

Interpellation des Abg. v. Heeremann:  
„Durch Verfügung der Regierung und des Oberpräsidiums zu Münster ist den Eigentümern der Kapuziner und Franziskaner vor ihrer im Sommer vorigen Jahres erfolgten Auflösung miethweise benutzt worden waren, unter sagt worden, die an den betreffenden Gebäuden befindlichen Kapellen, da sich Andächtige zum Gebete in denselben eingefunden hätten, offen stehen, und mit den Glocken derselben läutzen zu lassen und zugleich ist einem früheren Klosterbruder, welcher in den Dienst des Besitzers des früher von den Kapuzinern angemieteten Gebäudes getreten und von diesem mit der Aufsicht über Haus und Garten betraut war, verboten worden, fernere in dem betreffenden Hause zu wohnen. Auf Grund dieser Vorgänge, durch welche in das Recht des Privat-eigenthums und in die persönliche Freiheit in gesetzwidriger Weise eingegriffen worden, erlaube ich mir, an die königliche Staatsregierung die Frage zu richten: Wird dieses Verfahren von der Staatsregierung gebilligt? Was ist, resp. wird geschehen, um Abhilfe zu schaffen?“

Abg. v. Heeremann: Wenn ich, obwohl diese Angelegenheit bereits bei Gelegenheit der Berathung des Staats zur Sprache gebracht worden ist, doch noch diese Interpellation eingebracht habe, so geschah es, weil trotz der sofort nach der Verfassung der Regierung zu Minister erhobenen und später wiederholten Beschwerden der Beihilfeten bis zur Einbringung der Interpellation am 8. März keine Entscheidung des Ministeriums er-

folgt war. Es bestimmte mich auch der Umstand, daß mir der Vorsitzende der Petitionscommission erklärte, er sei nicht in der Lage, die in dieser Sache vorliegende Petition zur baldigen Erledigung zu bringen. (Hört hört! im Centrum.) Auf eine Wiederholung der von mir schon bei der Staatsberatung gegebenen Erörterungen der Sachlage verzichtete ich vorläufig, da nach Zeitungsnachrichten durch Verfüzung des Cultusministers vom 6. Mai die Oberpräfidalverfügung hinsichtlich der Franziskanerkapelle aufgehoben worden ist. Ich hoffe, daß auch die Angelegenheit des Klosterbruders in dem von mir vorgenommenen Sinne erledigt werden wird.

von mir gewünschten Sinne erledigt werden wird.

Der Kultusminister: Nach den früheren Ausführungen des Interpellanten sollen die Anordnungen der Provinzialbehörden in Münster ganz exorbitante sein, sie erscheinen aber bei genauer Betrachtung doch nicht so jedes Rechttitels baar, wie der Abgeordnete meinte. Bei den Provinzialbehörden bestand die Meinung, daß die zu gleicher Zeit mit der Niederlassung der Franziskaner in Münster errichtete Franziskanerkirche lediglich ein Annexum der Niederlassung sei und als solches mit der Niederlassung wegfalle. Man kann über eine solche Auffassung streiten, aber Sie werden sie nicht als eine solche bezeichnen dürfen, wie sie von dem Abg. von Heeremann bei der ersten Gelegenheit characterisiert worden ist. Wäre diese Argumentation richtig gewesen, dann würde es sich im vorliegenden Falle um die Errichtung einer neuen Kirche handeln, die nicht das Erbauen einer Kirche bezeichnet, sondern das Herstellen eines Gebäudes als Kirche, und nach § 176 des 11. Tit. II. Th. des Landrechts wäre hierzu die Genehmigung der Staatsbehörde nothwendig gewesen. Die Voraussetzung der Regierung hat allerdings in der Centralinstanz als richtig nicht anerkannt werden können, denn es hat sich ergeben, daß diese Kirche nicht bloss für die Zwecke der Konventualen hergestellt worden ist, sondern vom ersten Augenblick an auch für den öffentlichen Gottesdienst. Der Minister des Innern und ich konnten diese Kirche also nicht als eine neue Kirche betrachten. Es fragte sich also nur, ob das Gesetz vom 31. Mai v. J., betr. die Auflösung der Orden und Conventagionen, in dieser Beziehung eine durch einen Privatmann gebaut wird. Dies sollte etwa in dem Rechtsstaate Preußen unzulässig sein, da jemand auf seine Kosten eine Kirche baut und in seinem Nachbarn und Freunden darin öffentlich betet. Darauf möge mir der Kultusminister Antwort geben. Sollte das wirklich im preußischen Staate Recht sein, dann wäre dies allerdings eine hübsche Unterschrift unter das Gemälde, welches sicher demnächst erscheint wird, und den Minister darstellt, wie er es endlich in hin gebracht hat, ein Paar Mönche aus dem Kloster Neustadt zu vertreiben, eine Heldenhat ohne Gleichwürdig eines Ehrenmonuments. (Oh! Oh! line Sehr wahr! im Centrum.) Der Minister scheint zu glauben, daß das Klostergesetz ihm in Recht giebt, Personen, welche in einer aufgelösten Niederlassung verblieben sind, zu beten wie das W. Das ist absolut die Meinung des Gesetzes nicht. Niederlassung als solche ist aufgelöst, damit ist auf keineswegs gesagt, daß die betreffende Person deshalb das Lob verlässe. (Heiterkeit.) Sie dürfen nur keine Ordensaktivität in demselben betreiben, sie dürfen mehr in ihrer Ordenstracht erscheinen; aber sie haben absolut nicht aufgehört, preußische Staatsbürger zu sein, also solche können sie, soviel sie wollen, in einem Hause zusammenleben, gemeinschaftliche Menagen halten und — erschrecklich für den Kultusminister zu hören — auch gemeinschaftlich beten. (Heiterkeit.) Ich weiß genau, daß in den Ministerialberathungen des betreffenden Gesetzes sehr viel über diesen Punkt verhandelt worden ist. Man hat hier zuerst eine beindrückende Stimmung einführen wollen, hat aber schließlich gegla-

man werde aus der bestehenden Fassung schon alles Wünschenswerthe herausinterpretiren können, und dies scheint man nun thatfächlich gründlich beforgen zu wollen. Wir sehen hier wie der große preußische Staat mit seiner Million Soldaten und mit seinem Schullehrer-Heer ohne Ende vor einem Klosterbruder in Angst geräth und Monate nöthig hat, um zu entdecken, ob er ein Klosterbruder ist, oder nicht. Wir wollen eine Stubneshalle bauen. Ich denke, wir sezen als erste Figur den Cultusminister und diesen Kapuziner hinein. (Heiterkeit.)

Gulfusminister Falk: Ich habe aus der Rede des Abg. Windhorst den überzeugenden Eindruck gewonnen, daß er große Worte macht, weil er seiner Sache nicht sicher ist. (Sehr wahr! links. Widerspruch im Centrum.) Gewiß sind hier große Worte recht unniß gebraucht worden. So z. B.: Der Kapuziner wird gehetzt wie ein Wild. Der gute Mann kann an allen Orten in Münster ganz ungefähr leben. Er wohnt auch ruhig dort und geht alle Mittage zum Kloster, um sich sein Essen geben zu lassen; und das meint der Vorredner: er wird gehetzt wie ein Wild. (Heiterkeit.) Wenn er aber meint, es genüge die Erklärung, daß die Ordensmitglieder den geistlichen Rock ausziehen, um für sie das Recht zu erhalten, ganz ruhig zusammen nach wie vor in der Ansiedelung sitzen zu bleiben, dann irrt er sich doch sehr; dann wäre es ziemlich unniß gewesen, überhaupt die Maigesetze zu machen. (Sehr richtig!) Im Übrigen bin ich sehr erstaunt gewesen, daß der Vorredner von geheimen Aktenstücken über Ministerialverhandlungen Kenntniß hat, von denen ich persönlich ganz und gar nichts weiß. (Heiterkeit.) Es ist das wiederum ein Beweis, welchen Werth die Grundlage der Ausführungen des Vorredners beanspruchen kann.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Der Minister meinte,

Abg. v. Sybel: Ich erblicke in der Anerkennung des Vorredners über meine neuliche Rede nur eine Anerkennung meiner politischen Consistenz, für die ich ihm sehr dankbar bin; ein anderes Urtheil von ihm über meine politische, wissenschaftliche und historische Thätigkeit würde mich überrascht haben, denn Großdeutsche, Welfen und Ultramontane sind seit Jahren einig, daß ich von wissenschaftlicher Kritik und Unbefangenheit vollkommen frei bin. Ich habe über die Stimmung der rheinischen bürgerlichen Bevölkerung im Bezug auf den dem Clerus schuldigen Gehorsam durchaus kein Wort zu viel gesagt, jeder, der es versucht, in den clericalen rheinischen Bezirken eine liberale Wahlagitation zu unternehmen, wird heut so gut wie vor 3 Jahren die Erfahrung machen, daß er ein für allemal die Antwort bekommt: ja, das mag Alles wahr sein, aber wir müssen den Geistlichen gehorchen. Man bekommt sogar gelegentlich die Antwort: Der Herr Capelan hat es verboten, und was der Herr Capelan sagt, das ist Gottes Wort. (Heiterkeit.) Bei aller Anerkennung für diese Disciplin bestreite ich Ihnen doch das Recht, es als Insulte Ihrer Kirche zu erachten, wenn jemand diese Thatsache constatirt. Der Collegiate Dauenberg meinte: da ich die materielle Schle-

In zweiter Berathung wird Gesetzentwurf, betreffend die Beteiligung des Staates an dem Unternehmen einer Eisenbahn von Itzehoe über Wilster, Taterphal und Meldorf nach Seide, genehmigt.

sichtsrechte des Staates bei der Vermögensverwaltung in den katholischen Diözesen. — § 1 lautet: „Die Aufsicht des Staates über die Verwaltung: 1) der für die katholischen Bischöfe, Bistümern und Kapitel bestimmten Vermögensstücke, 2) der zu kirchlichen, wohlthätigen oder Schulzwecken bestimmten und unter die Verwaltung oder Aufsicht katholisch-kirchlicher Organe gestellten Anstalten, Stiftungen und Fonds, welche nicht von dem Gesetz vom 20. Juni 1875 betroffen werden, wird nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen ausgeübt.“

Gesetzentwurf geht man wieder einen guten Schritt weiter, die Bischöfe zur Unterwerfung unter die Staatsgewalt zu zwingen und sie zu Maschinen der Regierung herabzuniedigen. Wenn man darauf hinweist, daß einzelne Bischöfe das Vermögen schlecht verwaltet haben, so glaube ich, daß der Staat am wenigsten berechtigt ist, derartige Vorwürfe zu einer Zeit zu machen, wo man sich bittet über die Verwaltung einzelner Institute des Staates selbst beklagen muß. Ich sehe überhaupt wirklich nicht ein, weshalb die Staatsregierung, um ihren Zweck zu erreichen, so viele Paragraphen macht, sie hätte doch in einem einzigen Paragraphen einfach erklären sollen: daß Kirchenvermögen geht an den Staat über.

Gefüste der Kirche bezeichnet habe, mitgeholfen hätte so bemerke ich, daß ich den Fürsten Bismarck keineswegs für ebenso unfallibel aus politischem Gebiete halte, wie Sie den Papst auf kirchlichem. Die Verfügungen von 1850 und 1851, wonach die damaligen Minister in einer geradezu staatsverrätherischen Weise (Oho! im Centrum) den Bischöfen freie Hand in ihrer Eigenmäßigkeit ließen, tragen übrigens nicht die Unterschrift des Fürsten Bismarck. Den Zustand, welchen der Fürst Bismarck bei Übernahme des Ministeriums vorhanden hat, er mit staatsmännischer Einsicht allerdings nicht eher angegriffen, als wir alle wissen. — Es wird ferner behauptet, die Vorlage schlage den Prinzipien der Selbstverwaltung, die sonst in unserem Staate

Abg. Dauzenberg: Wir können dieses Product der aufgeregten Zeit, welche schon so viele derartiger Erzeugnisse hervorgebracht hat, nicht annehmen, weil es Hand anlegt an Jahre lang bestehende Zustände, die zu keiner Klage Veranlassung gegeben haben, und weil durch diese Staatsbevormundung gänzlich mit dem Prinzip der Selbstverwaltung gebrochen wird, die man in letzter Zeit auf allen übrigen Gebieten durchzuführen bestrebt gewesen ist. Was die Regierung in Bezug auf die Begründung der Vorlage verläumt hat, das haben wir der Selbstverwaltung, die sonst in unserem Stadtmagistrat, in's Gesicht. Unsere bürgerlichen Commenen, die wir nach den Grundsätzen der Selbstverwaltung zu constituiren suchen, kennen es aber gar nicht anders, als daß über der Selbstverwaltung in bestimmten Punkten die Staatsaufsicht einzuwirken hat, und dies ein überliefertes gemeinses Recht ist. Wenn Sie also die Staatsaufsicht über die Kirche beseitigen wollen, so fordern Sie damit ein sonst im Staate bei allen anderen Corporationen unerhörtes Sonderprivileg für sich.

wird hierauf angenommen.

v. Sybel nachholen zu müssen geglaubt. Entschieden ungünstlich ist Hr. v. Sybel in der Behauptung gewesen, daß die Steuern, welche von den Kirchenbehörden auferlegt würden, am Rheine sich von Jahr zu Jahr mehren. Es gehört ein außerordentliches Maß von Ignoranz in katholischen Dingen dazu, wenn man von einem rheinischen Bauer sich erklären läßt, daß er, wenn er sich weigere den Peterspfennig zu zahlen, auf 300 Jahre ins Fegefeuer gebrannt würde. Abgeordneter v. Schrelemer hat dem Abg. v. Sybel schon neulich das Zeugniß ausgestellt, daß er sich in Bezug auf Unerschaffenheit seine volle Jugendfrische bewahrt habe, aber derselbe ist doch lange genug am Rhein gewesen, um den rheinischen Humor zu kennen; wenn er sich trotzdem ein derartiges Märchen hat aufzubinden lassen, so ist dies von einem Geschichtsprofessor, der doch Kritik üben sollte, nicht besonders lobenswert. Wenn nun der Abg. v. Sybel keine einzige Thatsache gegen die bisherigen Aufsänden hat vorbringen können, so ist das § 2 lautet in der Fassung der Regierungsvorlage „Die verwaltenden Organe bedürfen der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde in nachstehenden Fällen: 1) zu dem Erwerb, der Veräußerung oder der dringlichen Belastung von Grundeigenthum, sowie zu der Veräußerung dringlicher Rechte an Grundstücken; 2) der Veräußerung von Gegenständen, welche einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder Kunstwerth haben; 3) zu außerordentlicher Benutzung des Vermögens, welche die Substanz selbst angreift, sowie zu der Einführung und Einziehung von Kapitalien, sofern sie nicht zur einsparenden Wiederbelegung erfolgt; 4) zu Anleihen, sofern sie nicht blos zur vorübergehenden Aushilfe dienen und aus den Überschüssen der laufenden Einnahmen über die Ausgaben desselben Voranschlagsperiode rückverstattet werden können; 5) zu dem Bau neuer, den Gottesdienst bestimmter Gebäude; 6) zu der Abliegung oder veränderten Benutzung von Begräbnisplätzen; 7) zu der Errichtung oder Veränderung von Gebäuden.“

toren; 8) zu der Ausschreibung, Veranstaltung und Abhaltung von Sammlungen, Kollekten &c. außerhalb der Kirchengebäude; 9) zu der Verwendung der Einkünfte erledigter Stellen (Vacanz-Einkünfte, Intercalaryfrüchte); 10) zu der Verwendung des Vermögens für nicht stiftungsmäßige Zwecke. In dem Falle zu 10 gilt die Bestimmung als ertheilt, wenn die staatliche Aufsichtsbehörde nicht binnen dreißig Tagen nach Mitteilung von der beabsichtigten Verwendung widerprüht. Ist die Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde nicht ertheilt, so sind die in den vorstehenden Fällen vorgenommenen Rechtsgeschäfte ungültig." Die Commission hat der Nummer 8 folgenden Zusatz gegeben: "Eine auf Anordnung der bischöflichen Behörde jährlich stattfindende Hausscollecte zum Weiten behörfiger Gemeinden der Diözese bedarf nicht der besonderen Ermächtigung einer Staatsbehörde; die Zeit der Einsammlung muss aber dem Oberpräsidenten vorher angezeigt werden." Abg. Brüel beantragt, Nr. 9 zu streichen.

Abg. Röderath: Es werden hier 10 Fälle angeführt, in denen für die verwaltenden Organe die Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde nothwendig sein soll. Man scheint dabei wirklich von der Vorstellung ausgegangen zu sein, als ob die Diözesanverwalter Berchwender wären, denen alles mögliche Schlechte zuzutrauen ist. Thatächlich liegt aber die Sache ganz anders; wir Katholiken am Rhein kennen unsere Bischöfe zu gut, um nicht zu wissen, dass das Volk viel besser dabei fahren würde, wenn die Verwaltung von Staatsinstituten unter die Aufsicht von Kirchenbehörden gestellt würde (Gelächter links); ich führe nur als unangenehme Erinnerungen die Seehandlung, den Invalidenfonds und den Reptilienfond an. Wenn man bei Nr. 2 an die moabitischen Alterthümer denkt und an die Sammlungen, welche in letzter Zeit so theuer gekauft worden sind, und man damit vergleicht, was die Bischöfe für die Kunst geleistet haben, und dass diese jetzt auch in Bezug auf die Kunst unter die Aufsicht des Staates gestellt werden sollen, so kommt mir dies so vor, als ob man einen Berliner nach Köln schicken wollte, um den dortigen Einwohnern rheinischen Humor beizubringen. Was Nr. 9 betrifft, so sehe ich wirklich nicht ein, weshalb man dem Bischof einen Dispositionsfonds nehmen will, den man als nothwendig erkannt hat, besonders da für die Staatsbehörden so viele Dispositionsfonds bewilligt sind, über die überhaupt keine Rechenschaft abgelegt zu werden braucht.

Abg. Brüel tritt dem Abg. Röderath darin bei, dass die Annahme der Nummer 9 des § 2 eine Un gerechtigkeit sein würde.

Abg. Jung findet den Grund der Nr. 9 darin, dass die hierin betroffenen Fonds hauptsächlich aus Staatsbeiträgen gebildet worden seien. Die gleiche Bestimmung gelte in Österreich.

Abg. Windhorst (Meppen): Es ist in diesem Paragraphen die Aufsicht in einer Weise ausgedehnt, dass ich in der That kaum weiß, ob nach einer solchen Aufsicht überhaupt noch eine selbstständige Berechtigung der Kirchenbehörde übrig bleibt. Herr v. Sybel glaubt, dass dies nur die Wiederherstellung des früheren Rechtszustandes, namentlich des Allgemeinen Landrechts sei. Einmal gilt in der Rheinprovinz das Landrecht nicht, und auch die neuen Landesteile wissen größtentheils vom Landrecht nichts. Was dort Oberaufsicht war, war bei Weitem nicht das, was sie hier ist. Der Berichterstatter scheint zu glauben, Selbstverwaltung sei nur dann vorhanden, wenn eine gewisse Masse Menschen etwas thine. Das ist der Cardinalfehler. Es kommt nicht auf die Kopfsahl, sondern auf die Organe der Corporation an. Ich sollte meinen, dass Sie die ganze Bestimmung hätten entbeben können, da ich noch nie gehört habe, dass man den kirchlichen Behörden irgend eine Verhinderung zur Last gelegt hat. Die außerordentlichen Handlungen des Fürstbischofs von Breslau können für dieses Gesetz nicht bestimmt sein. Von einer Entwidlung, deren er sich schuldig gemacht haben soll, ist gar keine Rede. Auch der Bischof von Hildesheim hat nur darum Kirchgenossen gesichert, damit sie nicht den Staats- und Altkatoliken überwiegen würden; den Gemeinden hat er keinen Nachtheit zugefügt. In der Frage der Intercalaryeinkünfte wenigstens hoffe ich, werden Sie nicht folgen. Es handelt sich nicht um Einkünfte aus dem Staatsvermögen; übrigens wünsche ich nur, dass der preußische Staat sich nicht mehr anmaße, als der Kaiser von Österreich, dann wären wir sehr auftrieben.

Abg. Lauenstein: Ich habe den Abg. Windhorst so verstanden, dass der Bischof von Hildesheim die Vermögensstücke deshalb verändert habe, damit sie nicht in die Verwaltung des staatlichen Commissarii fielen. Mir ist der Fall genau bekannt. Es handelte sich dabei um Vermögensstücke, die ausschließlich zu Cultuswesen der katholischen Gemeinde zu Lüneburg bestimmt waren und daher in die Verwaltung des Kirchvorstandes und der Gemeindewidlung fielen. Obwohl nun der Bischof von Hildesheim sich bereit erklärt hatte, das Gesetz vom 20. Mai 1875 auszuführen, so hat er sich doch veranlaßt, unmittelbar vor dem Inkrafttreten des Gesetzes die Gegenstände an einen Febr. v. Böselager zu veräußern. Dadurch wurde also nicht etwa einem Staatscommissarius die Verwaltung entzogen, sondern es ist der Besitz gemacht — der Prozess ist noch nicht beendet — die Rechte der Gemeinde und des Kirchenvorstandes zu beschränken, Vermögensstücke aus ihrer Verwaltung herauszuziehen, obwohl der Bischof feierlich erklärt hatte, dass er in der Ausführung des Gesetzes mitwirken würde.

Abg. Windhorst (Meppen): Die Grundstücke in Lüneburg gehörten nicht der Gemeinde, sondern dem Bischof, auf dessen Namen sie auch eingetragen waren. Der Bischof hatte sie der Gemeinde lediglich zur Verwaltung überlassen. Ich habe ausdrücklich constatirt, er habe es gethan, nicht, um sie dem staatlichen Commissarii zu entziehen, ein solcher ist noch gar nicht vorhanden, sondern weil die Staats- und Altkatoliken batten Lust haben können, in dieses Gut einzudringen. Außerdem ist keins dieser Stücke der Benutzung der Gemeinde entzogen, vielmehr Sorge getragen, dass sie weiter für die Gemeindezwecke verwendet werden.

Abg. Lauenstein: Es ist richtig, dass diese Vermögensstücke vorzugsweise auf den Namen des bischöflichen Stuhles eingetragen waren. (Heiterkeit.) Eins ist veräusser worden unter ausdrücklicher Verleihung eines mit der Stadt geschlossenen Vertrages, der dem Bischof die Veräußerung unterfragte. Indessen, darauf kommt es nicht an. In dem citirten Gesetze steht, dass alle zu Cultuszwecken dienenden Vermögensstücke in die Verwaltung der Gemeinde und des Kirchenvorstandes treten. Dieses Recht hat der Bischof verletzt.

S 2 wird darauf angenommen. Ebenso § 3 ohne Discussion.

S 4. "Die staatliche Aufsichtsbehörde ist berechtigt, die Aufstellung und Vorlegung eines Inventars zu fordern, Einsicht von den Staats zu nehmen und die Posten, welche den Gesetzen widersprechen, zu beanstanden. Die beanstandeten Posten dürfen nicht in Vollzug gebracht werden. Die Staats solcher Verwaltungen, welche Zuschüsse aus Staatsmitteln erhalten, sind der staatlichen Aufsichtsbehörde zur Genehmigung einzurichten. Diese Behörde bestimmt den Zeitpunkt der Einreichung, sie regelt die formelle Einrichtung der Staats und setzt die Kritiken zur Erledigung der Errinnerungen fest."

S 5. "Weigen sich die verwaltenden Organe 1) Leistungen, welche aus dem im § 1 bezeichneten Vermögen zu bestreiten oder für dasselbe zu fordern sind, auf den Staats zu bringen, festzusetzen oder zu genehmigen, 2) Aufträge des im § 1 bezeichneten Vermögens, insbesondere auch Einschädigungsforderungen aus der Pflichtwidrigkeit des Inhabers einer für die Vermögens-Angelegenheiten bestehenden Verwaltungsstelle, gerichtlich

geltend zu machen, so ist in denjenigen Fällen, in welchen die bischöfliche Behörde das Recht der Aufsicht hat, sowohl diese, als auch die staatliche Aufsichtsbehörde, unter gegenseitiger Einvernehmen, in allen anderen Fällen die staatliche Aufsichtsbehörde allein befugt, die Eintragung in den Staats zu bewirken und die gerichtliche Geltendmachung der Ansprüche anzuordnen, auch die hierzu nötigen Maßregeln zu treffen. In denjenigen Fällen, in welchen das Einvernehmen der bischöflichen Behörde und der staatlichen Aufsichtsbehörde erforderlich ist, muss die um ihre Zustimmung angegangene Behörde sich binnen dreißig Tagen nach dem Empfange der Aufforderung erklären. Erklärt sie sich nicht, so gilt sie als zustimmend. Bei erhobenem Widerspruch entscheidet die der staatlichen Aufsichtsbehörde vorgelegte Instanz. Dazu liegen eine Anzahl Amendments des Abg. Brüel vor, die aber im Laufe der Debatte zu Gunsten folgenden Amendments des Abg. Miquel zurückgezogen werden: Hinter § 5 als besonderen § 5 einzuschalten: "Vertreten die verwaltenden Organe die Gesetzwidrigkeit der beanstandeten Posten oder das Vorhandensein der Verpflichtung zu den § 5 sub 1 erwähnten Leistungen, so entscheidet auf Klage der verwaltenden Organe im Verwaltungsstreitverfahren das Oberverwaltungsgericht."

Berichterstatter Webrennen: Die wichtigste Frage, ob Streitigkeiten zwischen kirchlichen und staatlichen Behörden vor die Verwaltungsgerichte geogen werden sollen, kann nicht an diesem zufälligen Punkte entschieden werden. Der evangelischen Kirche ist ein solches Recht nicht gegeben worden, die Parität verbietet die katholische Kirche besser zu stellen. Ueberdies ist der Gemeinde ein Schutz drohender nötig, als dem Bischofe.

Abg. Miquel: Das Gesetz geht keinerlei Mittel, um die Annahme der Nummer 9 des § 2 eine Ungerechtigkeit sein wird. Abg. Jung findet den Grund der Nr. 9 darin, dass die hierin betroffenen Fonds hauptsächlich aus Staatsbeiträgen gebildet worden seien. Die gleiche Bestimmung gelte in Österreich.

Abg. Windhorst (Meppen): Es ist in diesem Paragraphen die Aufsicht in einer Weise ausgedehnt, dass ich in der That kaum weiß, ob nach einer solchen Aufsicht überhaupt noch eine selbstständige Berechtigung der Kirchenbehörde übrig bleibt. Herr v. Sybel glaubt, dass dies nur die Wiederherstellung des früheren Rechtszustandes, namentlich des Allgemeinen Landrechts sei. Einmal gilt in der Rheinprovinz das Landrecht nicht, und auch die neuen Landesteile wissen größtentheils vom Landrecht nichts. Was dort Oberaufsicht war, war bei Weitem nicht das, was sie hier ist. Der Berichterstatter scheint zu glauben, Selbstverwaltung sei nur dann vorhanden, wenn eine gewisse Masse Menschen etwas thine. Das ist der Cardinalfehler. Es kommt nicht auf die Kopfsahl, sondern auf die Organe der Corporation an. Ich sollte meinen, dass Sie die ganze Bestimmung hätten entbeben können, da ich noch nie gehört habe, dass man den kirchlichen Behörden irgend eine Verhinderung zur Last gelegt hat. Die außerordentlichen Handlungen des Fürstbischofs von Breslau können für dieses Gesetz nicht bestimmt sein. Von einer Entwidlung, deren er sich schuldig gemacht haben soll, ist gar keine Rede. Auch der Bischof von Hildesheim hat nur darum Kirchgenossen gesichert, damit sie nicht den Staats- und Altkatoliken überwiegen würden; den Gemeinden hat er keinen Nachtheit zugefügt. In der Frage der Intercalaryeinkünfte wenigstens hoffe ich, werden Sie nicht folgen. Es handelt sich nicht um Einkünfte aus dem Staatsvermögen; übrigens wünsche ich nur, dass der preußische Staat sich nicht mehr anmaße, als der Kaiser von Österreich, dann wären wir sehr auftrieben.

Abg. Lauenstein: Ich habe den Abg. Windhorst so verstanden, dass der Bischof von Hildesheim die Vermögensstücke deshalb verändert habe, damit sie nicht in die Verwaltung des staatlichen Commissarii fielen. Mir ist der Fall genau bekannt. Es handelte sich dabei um Vermögensstücke, die ausschließlich zu Cultuswesen der katholischen Gemeinde zu Lüneburg bestimmt waren und daher in die Verwaltung des Kirchvorstandes und der Gemeindewidlung fielen. Obwohl nun der Bischof von Hildesheim sich bereit erklärt hatte, das Gesetz vom 20. Mai 1875 auszuführen, so hat er sich doch veranlaßt, unmittelbar vor dem Inkrafttreten des Gesetzes die Gegenstände an einen Febr. v. Böselager zu veräußern. Dadurch wurde also nicht etwa einem Staatscommissarius die Verwaltung entzogen, sondern es ist der Besitz gemacht — der Prozess ist noch nicht beendet — die Rechte der Gemeinde und des Kirchenvorstandes zu beschränken, Vermögensstücke aus ihrer Verwaltung herauszu ziehen, obwohl der Bischof feierlich erklärt hatte, dass er in der Ausführung des Gesetzes mitwirken würde.

Abg. Windhorst (Meppen): Die Grundstücke in Lüneburg gehörten nicht der Gemeinde, sondern dem Bischof, auf dessen Namen sie auch eingetragen waren. Der Bischof hatte sie der Gemeinde lediglich zur Verwaltung überlassen. Ich habe ausdrücklich constatirt, er habe es gethan, nicht, um sie dem staatlichen Commissarii zu entziehen, ein solcher ist noch gar nicht vorhanden, sondern weil die Staats- und Altkatoliken batten Lust haben können, in dieses Gut einzudringen. Außerdem ist keins dieser Stücke der Benutzung der Gemeinde entzogen, vielmehr Sorge getragen, dass sie weiter für die Gemeindezwecke verwendet werden.

Abg. Lauenstein: Es ist richtig, dass diese Vermögensstücke vorzugsweise auf den Namen des bischöflichen Stuhles eingetragen waren. (Heiterkeit.) Eins ist veräusser worden unter ausdrücklicher Verleihung eines mit der Stadt geschlossenen Vertrages, der dem Bischof die Veräußerung unterfragte. Indessen, darauf kommt es nicht an. In dem citirten Gesetze steht, dass alle zu Cultuszwecken dienenden Vermögensstücke in die Verwaltung der Gemeinde und des Kirchenvorstandes treten. Dieses Recht hat der Bischof verletzt.

S 2 wird darauf angenommen. Ebenso § 3 ohne Discussion.

S 4. "Die staatliche Aufsichtsbehörde ist berechtigt,

## Dauzig, 12. Mai.

Die gefrige Sitzung des Abgeordnetenhauses brachte nach längerer Pause wieder einmal den Culturlampf auf den Plan. Man muss es den Ultramontanen lassen, jede Handlung der Behörden, welche sich so darstellen lässt, dass sie irgendwie die gesetzlichen Bestimmungen zu verlegen scheint, wissen sie auszunutzen, so viel sich nur immer daraus machen lässt. So wurde der Kapuziner aus Münster, der die Kette ausgezogen hat und nun nicht mehr unter die für die Ordensleute gegebenen Bestimmungen fallen will, gestern bereits zum zweiten Male aufgetischt, und die Petitionscommission hat auch schon den Vater mit dem kurzen Rock behandeln müssen. Schalt Windhorst spielte gestern den ernsten Mallinckrodt, er zeigte eine außergewöhnliche Heftigkeit, und selbst der milde Dauzenberg sprach sich in die Erregtheit hinein. Es pflegt dies immer ein Zeichen zu sein, dass eine ultramontane Mine abgegraben, dass eine geheime Hoffnung kurzlich wieder getäuscht ist. Das Interesse an der „diocletianischen Verfolgung“ kann noch durch solche sich auch schnell abstampfende Kraftmittel mühsam erregt werden.

Die Schlüsse zweiter Lesung der Comptenzgesetz-Commission sind bereits mit den entsprechenden Bestimmungen der Regierungsvorlage zusammengestellt und an die Abgeordneten vertheilt worden. Die Commission hat bei diesem schwierigsten der in den letzten Sessionen oder vielleicht jemals dem Landtag vorgelegten Gesetze das doppelte Verdienst, dass sie größere Klarheit in der Form und Anordnung, dass sie namentlich aber auch größere Einfachheit in der Sache hergestellt hat. Von dem größten praktischen, wie staatswissenschaftlichen Interesse werden die Vorschläge sein, welche die Commission über die bisher in keinem Lande befriedigend gelöste Frage der polizeilichen Verfugungen der Orts- und Kreispolizeibehörden und der Zwangsmittel zur Durchführung solcher Verfugungen gemacht hat. Mit seltener Klarheit sind die Grenzen der den Behörden gestatteten Zwangsmittel festgestellt, während in Frankreich und England es bisher nicht gelungen ist, eine solche Grenze auch nur annähernd zu bestimmen. Wie uns geschrieben wird, ist die Regierung im Wesentlichen mit den Commissionsvorschlägen einverstanden. Demnach gewinnt es den Anschein, dass dasjenige Gesetz, welches unter den zweifelhaftesten Ausprägungen des Abgeordnetenhauses gelangt ist, jetzt, freilich in durchweg veränderter Gestalt, eine wohl begründete Aufsicht auf das Zustandekommen darstellt. Nebrigens ist, wie uns berichtet wird, in den Fractionen der National-Liberalen und Freiconservativen noch große Neigung vorhanden, den Entwurf in bloc anzunehmen. Es wird mit den übrigen Fractionen darüber verhandelt, da bekanntlich der Widerspruch einer einzigen Stimme die en-bloc-Annahme unmöglich mache.

In Betreff der Städteordnung lassen sich die Schwierigkeiten noch nicht übersehen; doch ist schon bei vorläufiger Betrachtung die Annahme gestattet, dass die Differenzen bei Weitem überwältigt werden; vielmehr scheint in den Beschlüssen bei diesen Behörden, welche zu drei Bierhöfen aus kommunalen Elementen bestehen. Grundsätzlich besteht ja zwischen dem Abg. Miquel und mir keine Differenz darüber, dass die Aufsichtsrechte des Staates einer geistlichen Kontrolle unterliegen sollen. Ich befinden mich bei einer solchen Organisation ganz wohl; ohne dieselbe muss ich mich immer mit den Herren aus dem Centrum auseinanderleben, und dass das nicht zu den Annehmlichkeiten des Lebens gehört, werden Sie mir nach der heutigen Sitzung wohl zugestehen. (Heiterkeit.) Ich wünsche, dass auch die Entscheidungen über das Klostergesetz einer richterlichen Kontrolle unterliegen. Aber bei den Streitigkeiten, welche aus Veranlassung dieses Gesetzes entstehen werden, kommen nicht nur privatrechtliche Gesichtspunkte, sondern auch öffentliche Interessen in Frage, und deshalb frage ich: ist es wohl ratsam, neue Organe mit neuen Entscheidungen zu betrauen, welche immer zu ihrem Hintergrunde den Culturlampf haben werden? Ich meine, dass die objektive Behandlung darunter sehr leidet. Auch möchte ich jetzt nicht das Oberverwaltungsgericht mit der Entscheidung betrauen, damit nicht die irrgänigen Ansichten, welche in gewissen Kreisen über den Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten herrschen, sich auch an diesen Gerichtshof heften. Ich glaube auch nicht, dass man die Parität zu Gunsten des Antrages Miquel ins Feld führen kann; denn obwohl es auch der geschickten Darstellung des Abg. Miquel gelungen ist, die Ablehnung des Antrages Krich zur Synodalordnung durchzusetzen, so wird es doch nicht zu viel behauptet sein, wenn ich sage, dass viele Herren deshalb gegen den Antrag gestimmt haben, weil ihnen der neue Antrag in der dritten Vertheilung zu überraschend kam.

Die Justizcommission des Reichstages sollte gestern noch mit der Verathung der Civilprozeßordnung fertig werden. Ein Bericht über die beiden vorhergehenden Sitzungen folgt in nächster Nummer, der Bericht über die gefrige, wahrscheinlich erst spät beendete Sitzung liegt uns noch nicht vor. Es stand überhaupt nur noch die Beschlussfassung über die Frage der Handelsgerichte aus. Die erste „That“ der Commission war bekanntlich die plötzliche gänzliche Streichung dieser nicht in das „System“ passenden und darum bei vielen Juristen unbeliebten Institution. Den Stimmen der elbässischen Kaufleute gegenüber bildete sich im Reichstagkammer eine den Handelsgerichten günstige Stimmung, die sich auch weiter fortsetzte. Die Aufmerksamkeit des Abgeordneten Miquel und mir wurde auf das Zustandekommen dieses Gesetzes aufmerksam gemacht. Während der Consul von Deutschland und Frankreich, jeder allein, benachrichtigt, dass einer Nationalität angehöriges Mädchen mit Gewalt in die Moschee geschleppt und ermordet worden sei. Ein anderer Bericht meldet: „Am 6. d. M., 10 Uhr Vormittags, wurde die Aufmerksamkeit des amerikanischen Consuls, welcher sich auf dem Bahnhof befand, durch das Geschiec eines jungen christlichen Landmädchen in Anspruch genommen, welches in gefährlicher Moschee begab. Während der Consul es sich angegesehen sein ließ, die Nationalität der jungen Person festzustellen, wurden die Consuln von Deutschland und Frankreich, jeder allein, benachrichtigt, dass ein ihrer Nationalität angehöriges Mädchen mit Gewalt in die Moschee geschleppt worden sei. Beide Consuln begaben sich sofort dorthin, kaum aber waren sie eingetreten und erkannt, als die wütende Menge sich auf sie stürzte und sie mit eisernen Gitterstäben und Bänken buchstäblich zu Tode schlug. Der italienische Consul von den Vorgängen in der Moschee und vor dem amerikanischen Consul benachrichtigt, eilte zum Gouverneur, um diesen davon in Kenntnis zu setzen. Derselbe rief die wenigen zur Hand befindlichen Truppen zusammen und begab sich nach der Moschee, welche er eincnire ließ, während er eine Abtheilung zur Befreiung des amerikanischen Consulats abschickte, dessen Thüren die Menge bereits einzuschlagen begann. Er ließ sofort zahlreiche Verhaftungen vornehmen.“

Der Senatspräsident von Montenegro, Petrovich, kam am 9. Mai von den schwarzen Bergen herab nach Cattaro und reiste von dort nach Wien weiter. Wie heute der Telegraph berichtet, bringt er die Forderungen der Insurgenten. Da er der Ueberbringer ist, wird sein Heimatland wahrscheinlich nicht dabei zu kurz kommen, und auch Russland ist dem kleinen Montenegro besonders günstig gestimmt. Der officielle Pester Lloyd nimmt unter Reserve von einer ihm zugegangenen Mitteilung in Berlin das Projekt vor, Montenegro für die correcte Haltung und für noch zu leistende Pacifications-Dienste durch einen Gebietszuwachs zu belohnen. Unter derselben Reserve erwähnt der Lloyd auch eines Projects von einem Gebietsaustausch zwischen der Börse, Montenegro und Österreich bezüglich des Bezirkes von Cattaro.

Die zahlreichen offiziellen Stimmen, welche die Informationen aus dem Cabinet und der russischen Botschaft, bleiben darauf bestehen, dass an dem europäischen Besitzstande der Türkei nicht gerüttelt werden darf. Die gegen Russland sehr misstrauische „Kölner Bzg.“ lässt sich aus Berlin telegraphieren: „Aufs folge Nachrichten aus Petersburg wird Russland allem Anschein nach auf der Conferenz alle Forderungen der bosnischen Empörer befürworten und es sich noch als Mäßigung anrechnen, wenn es nicht über dieselben hinausgeht. Bei der russischen Haltung Deutschlands wird Russland deutscherseits wohl auf wenig Widerspruch stoßen. Österreich wird dagegen ver suchen, Russlands Eiser für die Beglückung der Türkei etwas zu mäßigen. Hoffentlich wird es wenigstens so viel erlangen, dass Russland endlich in vollem Ernst dem Treiben in Serbien und Montenegro ein Halt zu rufen. Denn die österreichischen Vorstellungen haben nichts zu wege gebracht als Katzenmusiken.“

In Frankreich ist, wie uns unser Pariser Correspondent berichtet, die Aufregung wegen des Mordes der beiden Consuln noch mehr gestiegen. Man spricht in Paris von nichts Anderem als von Salonicci und der Berliner Minister-Con-

ferenz. Die Blätter wagen nur bescheidene Vermuthungen über das, was in Berlin geschehen wird, aber dass die drei Minister entscheidende Beschlüsse fassen werden, der zunehmenden Gefahr im Orient ein Ende zu machen und den europäischen Frieden zu erhalten, glaubt man allgemein. „Die Vergangenheit — meint die „Republique“ — bürgt uns für die Zukunft. Wir halten den Fürsten Gortschakoff für einen zu vollendeten Staatsmann, den Fürsten Bismarck für einen zu soliden Geist und den Grafen Androssy für einen zu klugen Minister, als dass nicht etwas Praktisches aus der Zusammenkunft von Berlin hervorgehen sollte.“ Insbesondere ist man dort gespannt darauf, was der Fürst Bismarck thun wird. „Bis hieher heißt es in den „Debats“ — schien Deutschland bei der orientalischen Frage ganz unbeteiligt, und die drei Kanzler vereinigten sich in Berlin auf einem neutralen Gebiet; aber nun ist der deutsche Consul mit dem unfrigen ermordet worden, und Deutschland erhält durch diese Thatache das Recht und selbst die Pflicht, sich um die Türken zu kümmern. Es ist wahrscheinlich, dass Herr v. Bismarck mit seiner gewöhnlichen Geschicklichkeit die Gelegenheit benutzt wird, um seiner Politik einen persönlichen Ton und einen lebhaften Gang zu geben. Man muss jedoch hoffen, dass die in Berlin zu fassenden Entschlüsse von den allgemeinen Interessen Europa's verhindern werden. Das Ereignis von Saloniki ist darnach angethan, uns alle über den „psychologischen Zustand“ der Türkei aufzuklären und nicht, um besonderen Ehrgeiz als Vorwand zu dienen. Die Lehre, welche daraus hervorgeht, ist die, dass die Befreiung in der ganzen Türkei den höchsten Grad erreicht hat und dass die entsetzten Leidenschaften keinen Zugel mehr kennen. Es ist dies die schließliche Auflösung mit allen Katastrophen, die sich leicht inmitten dieser leidenschaftlichen Völker voraussetzen lassen, wenn die europäischen Mächte nicht auf eine wirksame Art einschreiten.“



# Den Empfang der neuerdings erschienenen NOUVEAUTES

in Stoffen, Confections, Costumes etc.

erlaube ich mir ergebenst anzzeigen.

W. JANTZEN.

Den heute Morgen sieben Uhr erfolgten Tod unserer vielgeliebten Mutter, der Frau Professor **Auguste Franziska Amalie Wichmann**, geb. **Fellner**, im nicht ganz vollendeten siebenzigsten Lebensjahr zeigten wir allen Freunden und Bekannten, um stille Theilnahme bittend, an. Berlin, den 11. Mai 1876.

**Die Hinterbliebenen.**

Gestern Abend 9 Uhr entstieß nach langem Leiden mein lieber Mann, unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater und Onkel, der Bäckermeister **Levin Cohn** in seinem 66sten Lebensjahr. Danzig, den 12. Mai 1876.

**Die Hinterbliebenen.**

**Proclama.**

In dem Concuse der Preussischen Postland-Cement-Fabrik, Aktiengesellschaft zu Danzig, ist der einstweilige Verwalter, Kaufmann **Carl Bulde**, zum definitiven Verwalter der Masse bestellt worden.

Danzig, den 5. Mai 1876.

Königl. Stadt- und Kreis-Gericht. 1. Abtheilung. (2055)

**Befanntmachung.**

Zu dem Concuse über das Vermögen des Kaufmanns **Carl Bartel** zu Seefeld hat die Handlung Salomon & Mannheim in Berlin nachträglich eine Forderung von 1501 M. 50 D. angemeldet. Der Termin zur Prüfung dieser Forderung ist auf den 31. Mai 1876,

Vormittags 11 Uhr.

vor dem Commissar Herrn Kreisrichter Dahlmann im Terminzimmer No. 1 anberaumt, wovon die Gläubiger, welche ihre Forderungen angemeldet haben, in Kenntnis gesetzt werden.

Carthaus, den 5. Mai 1876.

**Königliches Kreis-Gericht.**  
Der Commissar des Concurses.

**52. Langgasse 52.**

Schmerzlose Zahn-Operationen unter Anwendung von Nitro-Oxygen Gas, Plombiren mit Gold und anderen Füllungsmassen, Einsetzen künstlicher Zähne (für Auswärtige in 6 Stunden) etc.

**C. Kniewel,**  
jetzt Langgasse 52.

Unser Comtoir ist jetzt  
Milchfannengasse No. 34  
(Schaffweide).

**Otto Nötzel & Co.**

Euler's Leihbibliothek,  
Heiliggeistgasse 124 erhielt:  
**Beecher Stowe**, wir und unsere Nachbarn — **Edward's**, **Lea Bergsoe**, **Billom** — **Delle**, **Benedicta Kohn**, **Gabriel Hammerling**, **Aspasia Hermann**, **Altein u. frei**.

Russkому Чистописанию обучаютьъ  
ВИЛЬГЕЛЬМЪ ФРИЧЪ, Holzgasse 5.

**Fetten Räucherlachs**  
zu billigem Preise empfiehlt  
**E. F. Sontowski**, Haushthor No. 5.

**Avis!**

Neben meinem Destillations- und Bier-Berlags-Geschäft habe eine

**Liqueur-Stube**  
à la Keller's Nachfl.

verbunden mit  
**Frühstück-Stube und**

**Bier-Ausschank**  
errichtet, welche der Gunst des geehrten Publikums hiermit bestens empfiehlt.

**Hugo Schwarzkopf**,  
Holzmarkt- und Schmiedegassen-Ecke,  
Eingang vom Holzmarkt.

**1 Posten weiße**  
**Satin-Corsets**

à Stück 1 M. 50 D.  
haben wir zum Ausverkauf gestellt.

**Kiehl & Pitschel**,  
Danzig,  
71. Langgasse 71.

**Frischen**  
amerik. Pferdezahn-Mais  
offerirt  
**F. W. Lehmann**,  
Mälzergasse 13 (Fischertor).

**Reine Cuba-Cigarren,**

100 Stück 10 Mark, empfiehlt

2047)

**R. Martens,**

Cigarren- und Tabaks-Handlung,  
9. Brodbänkengasse 9, Ecke der Küschnergasse.

**Oelfarbendruck-Gemälde**,  
direct aus bestrenommierten Kunst-Instituten des In- und Auslandes sämtlich  
künstlerisch retouchirt, dem Original vollkommen gleich, in reichster Aus-  
wahl, empfiehlt unter steter Anschaffung der neuesten Erschei-  
nungen zu billigst gestellten Preisen.  
**Carl Müller**, Vergolderei, Spiegel- und Kunst-Handlung,  
Jopengasse No. 25.

**Cello- und Salon-Pianinos**

von

**A. H. Francke — Leipzig.**

Diese, von Dr. Franz Liszt, Ant. Rubinstein und andern Autoritäten, als unüber-  
traglich anerkannte Fabrikate sind mir für Danzig und Umkreis zum Alleinvorkauf  
übergeben und empfehle solche zu Kaufkreisen unter mehrjähriger Garantie.

**Ph. Wiszniewski**, Pianofortebau, Dritter Damm No. 3.

**Hanko's Mähe-Maschinen**

einfachste Construction, leichteste Handhabung,  
bestes Material  
Reserveheile sämtlich vorrätig.  
Verkauf unter Garantie.  
Tüchtige Vertreter gesucht.

**Louis Wilke, Pr. Eylau,**

General-Agent für Ost- und Westpreußen.

**EISENGIESSEREI & MASCHINENFABRIK**  
Carl Kohlert, Otto Most,  
DANZIG, Weidengasse 35,  
empfiehlt sich zu

**Reparaturen aller Art**,

namentlich sämtlicher landwirtschaftlichen Maschinen.  
Die Reparaturen werden sachgemäss und prompt zu soliden Preisen ausgeführt.

**Meine Besitzung Wicherthof hart an Königberg**  
in Pr. vor dem Steindammer Thor zu den  
Boderhusen gehörend, beabsichtige ich Krankheits wegen, nebst lebend.  
Karioffeln und allen übrigen Vorräthen, zu verkaufen. Dazu gehören 42 Morgen pr.  
vorzügliches Land, 1 herrschaftliches massives Wohnhaus nebst Veranda, 1 schöner Obst-  
garten, 1 Flussbadhäuschen, 1 Arbeiterhaus, 1 Stall, 1 Scheune, 3 Pferde, 6 Milch-  
kühe, 2 Schweine, 5 Wagen, darunter 2 Tafelfederwagen, 3 Schlitten, 1 Häckselmaschine  
u. s. w. Besonders eignet sich dasselbe für Rentiers, Landwirthe und für andere Ge-  
schäfte. Preis 11,000 R., Anzahlung 3000—3500 R.

Zeh.

**Holzauction zu Rüdfort.**

Donnerstag, den 18. Mai 1876, Vormittags 9 Uhr, werde ich zu Rüdfort auf dem Holzfelde des Herrn Geo. Garmatter, früher Internationale Handels-Gesellschaft:

ca. 45,000 Fuß 1" sichtene Dielen,	
- 35,000	: 1½" do.
- 50000	: 1" tannene Dielen, ca. 12 Zoll breit,
	ca. 33 Fuß lang,
- 200	Stück 1" Sleeperdielen,
- 50	: 1½" do.
- 4/500	: sichtene Balken und Mauerlaten,
- 150	: tannene do. do.
- 50	Haufen sichtenes und tannenes Bau- und Brennholz,

alles in kleinen Partien, an den Meistbietenden verkaufen.

Den Zahlungs-Termin werde ich den mir bekannten Käufern bei der Auction anzeigen. Unbekannte bezahlen sofort.

**Joh. Jac. Wagner Sohn**,  
Auctionator. Bureau: Hundegasse 111.

**Feuerversicherungsbank für Deutschland**  
zu Gotha.

Nach dem Rechnungsabschluß der Bank für 1875 beträgt die Ersparnis  
für das vergangene Jahr

77 Prozent

der eingezahlten Prämien.

Jeder Banktheilnehmer empfängt diesen Anteil nebst einem Exemplar  
des Abschlusses von der betreffenden Agentur, bei der auch die ausführlichen  
Nachweisungen zum Rechnungsabschluß zu jedes Versicherten Einfach offen  
liegen.

Denjenigen, welche beabsichtigen, dieser gegenwärtigen Feuerversicherungs-  
Gesellschaft beizutreten, geben die Unterzeichneten bereitwillig desfallsige Aus-  
kunft und vermitteln die Versicherung.

**Albert Fuhrmann** in Danzig.

Comtoir: Hopfengasse 28, Speicherinsel.

Apotheker L. Mulert in Neustadt (Westpr.).

**Feinste Tischbutter**,

à Pfund 1 Mark 20 Pf., empfiehlt  
**E. F. Sontowski**, Danzig, Haushthor 5.

**Ein Schriftseher**,

tüchtig im Zeitungssatz, findet dauernde  
Stellung in der Buchdruckerei der Altpreuß.

(2043)

Decimalwaagen, Bichwaagen, Färbe-  
mühlen, Geld-kränke, Centesimal-  
waagen von 100 Cr. sind vorrätig, Re-  
paraturen werden ausgeführt Macken roth,  
Fleischergasse 88. (2078)

**Rosenthal in Danzig**,

Milchfannengasse No. 27,

empfiehlt zu enorm billigen Preisen:

**Grabenfamilier**,

in Granit, Marmor u. Bremer Sand-

stein, nicht den Schlesischen Sandstein.

Die Grabschrift in Marmor bei geringer

Vergoldung kostet pro Buchstabe 2 ½ R.

und 1 ½ R. Gedod bei Grabschriften wie

viel Schrift ist, kostet d. r. große wie kleine

Buchstabe nur 1 ½ R. Gleichzeitig empf.

ich für Conditionen einen noch auf Lager

habenden Marmormöser zu bill. Preisen.

**Masken-Kostüme**

zu Posterabenden und Aufführun-

gen off. v. M. Jacobsen,

Pfefferstadt 42. (2076)

**Ein Gut**

in Pommern, 1100 Morg. Areal, incl 115

Morg. Wiesen, welches sich ganz besonders

zur Parzellenung eignet, ist bei einer Forde-

rung von 40,000 R. zu verkaufen. Aus-

saaten sind: 230 Schtl. Winterroggen,

200 Schtl. Hafer, 35 Schtl. Erbsen, 650

Schtl. Karoßeln u. s. w. in Viehstall:

12 Pferde, 38 Stück Hindern, 300 Schafe.

Das Rätere in der Exp. d. Sta. u. 2039

45 fernfette Southdown-Jährlinge

hat verläufig das Dom. Brotew

bei Biebig. (2044)

**100 Hammwollmütter**

mit März-Lämmern vom Southdown-Boden

und 100 zweijährige Hammwollmütter stehen

in Boegen bei Domnau per Bahnhof Br.

Eylau zum Verkauf. (2046)

**20 Stück saöne neue**

**Spiritus-Gebinde**

find. à 4 M. 50 R. pro 100 Cr. zu verkaufen

Steindamm No. 15. (1948)

**Eine Grübmühle**,

sehr gut erhalten, steht billig zum Verkauf bei

**C. Willems**,

Al. Faltenau bei Mewe.

**I vorzüglich. Poltsauder**

**Pianino** ist für 450 M. Pfefferstadt

No. 42, 1 Tr. verläufig.

**Ein gutes Pianino**

mit vorzüglichem Ton ist billig zu v. m.

Breitgasse No. 122, Eingang Untergrasse.

Ein sehr fröhliches, gut gerüttetes

**Damenpferd**,

nebst neuem Damensattel und Baumzeug, steht

zum Verkauf in Nendorf bei Pr. Stargardt

# Beilage zu No. 9730 der Danziger Zeitung.

Danzig, 12. Mai 1876.

## Oesterreich-Ungarn.

Pest, 10. Mai. Die Mitglieder der liberalen Partei haben in einer heute stattgehabten Conferenz den Standpunkt, welchen die Regierung nach der Darlegung des Ministerpräsidenten Tisza bei den Ausgleichsverhandlungen eingenommen hat, mit 181 gegen 69 Stimmen gebilligt. Die Minister betonten in der Debatte wiederholt, daß die Regierung in dieser Angelegenheit Klarheit haben müsse. Nach der Abstimmung meldete der Deputirte Czernatony seinen Austritt aus dem Club an.

## Frankreich.

Paris, 9. Mai. Heute hat im Verfassailles die Linke des Senats eine Berathung gehalten. Die Versammlung war nicht zahlreich besucht; man lobte die Haltung Ricard's in der letzten Zeit, und die Fraction beschloß das Ministerium nach Kräften zu unterstützen. Die Linke der Kammer hält in diesem Augenblicke eine Berathung in Paris, unter Ferry's Vorsitz. Auch dort wird man den Hauptfragen der bevorstehenden Session gegenüber Stellung nehmen. — Dufaure hat nun auch ein Rundschreiben an die Generalprocuratoren gerichtet, worin er ihnen für die Behandlung der Journale dieselben Vorschriften giebt, welche Ricard den Präfeten ertheilt hat. Der Präfetenschub wird erst übermorgen durch das Amtsblatt bekannt gemacht werden. Es heißt, daß diese Liste nicht weniger als 200 Präfecturen und Unterpräfecturen angeht und daß sie von etwa 50 Absegnungen melden wird. — In der Budgetcommission hat gestern Gambetta den Antrag gestellt, man möge der Kammer einen doppelten Bericht vorlegen, einen Bericht über das Budget von 1877, einen andern, der die Zukunfts-projecte der Commission darlegt. Die Commission hat diesen Vorschlag günstig aufgenommen; dem Finanzminister wird er nicht besonders behagen. Auch „Temps“ scheint der Ansicht, daß Gambetta etwas zu hastig vorgehe; auf alle Fälle würde die Ausführung einer großartigen Steuerreform, wie sie die Partei Gambetta's beabsichtigt, eine Reihe von Jahren in Anspruch nehmen. Das ist allerdings ein Grund mehr, mit den Vorbereitungen nicht zu zögern. — Das nach den Gewässern von Salonichi abgegangene Geschwader wird von dem Vice-Admiral Faures befehligt. Die „Liberté“ glaubt zu wissen, daß die deutsche Regierung das französische Cabinet aufgefordert habe, ihre Nationalangehörigen zu beschützen, bis die deutschen Schiffe eingetroffen sein werden.

## Italien.

Rom, 10. Mai. Von den 9 Abtheilungen

der Deputirtenkammer haben bis jetzt 7 ihre Commissare gewählt. Von diesen haben 5 den Auftrag, sich für Ablehnung der Baseler Convention betreffend die oberitalienischen Eisenbahnen auszusprechen. Die beiden anderen Commissare sind bevollmächtigt, sich für die Annahme der Convention zu erklären. (W. T.)

## Rußland.

Petersburg, 9. Mai. Ueber die Montanindustrie Polens, deren Förderung man in den betreffenden Kreisen eine große Sorgfalt zuwendet, liegen folgende Facta jüngsten Datums vor: Während die Ausbeute an Kohlen, dem wichtigsten Zweige der polnischen Montanindustrie, in den Privatgruben mit jedem Jahre steigt und im Jahre 1873 15 Millionen Pud ergeben hat, sinkt die Kohlenproduktion in den Regierungsgruben. Das gleiche Verhältniß ist beim Rothenen: während die Privatindustrie von 341 204 Pud des Jahres 1864 auf 1½ Millionen im Jahre 1871 stieg, sank die Production der Regierungsstellungen von 807 165 Pud auf nur 276 165 Pud im Jahre 1873. Zink nimmt die dritte Stelle in der Montanindustrie Polens ein; die Production dieses Metalls beträgt in den letzten Jahren durchschnittlich 200 000 Pud. — Unter dem Vorsitz des Ministeriums der Volksaufklärung wird hier in kurzer Zeit ein Congress sämtlicher Directoren der Volksschulen tagen, um neben verschiedenen Fragen, die auf das Schulwesen Bezug haben, hauptsächlich die Einführung des obligatorischen Elementarunterrichts, wenigstens in einem Theile unseres Reiches, in Berathung zu ziehen. (W. T.)

## Numänen.

Bukarest, 10. Mai. Das Ministerium Floresco hat noch vor seinem Rücktritt der Kammer die Handelsconvention mit Rußland vorgelegt. In dem neuen Kabinett hat nunmehr Vernescu das Ministerium des Innern und Chizu das Cultusministerium übernommen. (W. T.)

— 11. Mai. An Stelle der in das Ministerium getretenen Vicepräsidenten des Senates Depureanu und Vernescu sind Ioan Ghila und Demeter Stourdza zu Vicepräsidenten des Senates gewählt worden. Das Ministerium hat in der Kammer sein Programm entwickelt. In demselben wird eine friedliche auswärtige Politik, die Achtung der internationalen Verträge, Sparsamkeit in der Verwaltung und eine Verbesserung der Lage der ländlichen Bevölkerung zugesichert. Man erwartet eine Auflösung der Deputirtenkammer. (W. T.)

## Amerika.

Philadelphia, 10. Mai. Die Ausstellung

ist heute durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten, Grant, in Gegenwart des Kaisers und der Kaiserin von Brasilien, der Mitglieder des Cabinets, zahlreicher Mitglieder des Congresses und der Spiken der Civil- und Militärbehörden eröffnet worden. Gegen 50 000 Zuschauer wohnten der Feierlichkeit bei, welche von dem schönsten Wetter begünstigt wurde. In der Eröffnungsrede betonte der Präsident Grant, die auswärtigen Nationen seien eingeladen worden, um Zeugniß abzulegen von dem aufrichtigen Wunsche Amerikas, die Freundschaft zwischen den einzelnen Gliedern der großen Familie der Nationen zu pflegen. Der Präsident sprach darauf den Vertretern der auswärtigen Nationen seinen Dank aus für die Bereitswilligkeit, mit der sie den Wünschen Amerikas nachgekommen seien und hieß sie herzlich willkommen. Das Musikkorps spielte hierauf die verschiedenen Volkshymnen. (W. T.)

## Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Frankfurt, a. M., 11. Mai. Effecten-Societät. Creditactien 117%, Franzosen 225, Lombarden 68%, Galizier 163%, Reichsbank —, 1860r Loose —. Still.

Bremen, 11. Mai. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco 11,35, per Juni 11,50, per Juli 11,55, per August-Dezember 12,25. Höher, geschaftslos.

Amsterdam, 11. Mai. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen per Novbr. 309. — Roggen per October 190.

Wien, 11. Mai. (Schlußcourse.) Papierrente 66,85, Silberrente 70,50, 1854r Loose 106,00, National 85,00, Nordbahn 1817, Creditactien 139,00, Franzosen 265,00, Galizier 194,75, Kaschau-Oderberger 101,50, Bardubitzer 118,00, Nordwestbahn 131,00, do. Lit. B. —, London 120,25, Hamburg 58,55, Paris 47,40, Frankfurt 58,55, Amsterdam 99,50, Creditloose 157,25, 1860r Loose 111,50, Lomb. Eisenbahn 83,80, 1864r Loose 133,70, Unionbank 57,50, Anglo-Austria 66,50, Napoleon 9,56, Dukaten 5,69 ½, Silbercoupons 103,10, Elisabethbahn 156,50, Ungarische Brümloose 74,60, Deutsche Reichsbanknoten 59,10, Türkische Loose 16,50.

London, 11. Mai. [Schluß-Course.] Consols 96%, 5% Italienische Rente 71%. Lombarden 6%. 3% Lombarden-Prioritäten alte —. 3% Lombarden-Prioritäten neue —. 5% Russen de 1871 96 ¾. 5% Russen de 1872 —. Silber 53 ¼. Türkische Anleihe de 1865 12%. 5% Türken de 1869 14. 6% Vereinigte Staaten per 1885 104%. 6% Vereinigte Staaten 5% fundierte 106%. Oesterreichische Silberrente —. Oesterreichische Papierrente —. 6% ungarische Schatzbonds 87 ¾. 6% ungarische Schatzbonds 2. Emission 85. Spanier 13 ¾. 5% Peruana 21 ¼. Blaibdiscont 1 ½ %.

London, 11. Mai. Bankausweis. Totalreserve 13,364,018, Notenumlauf 27,963,835, Baarvorrath 26 327,853, Portefeuille 17,974,474, Guth. der Priv. 20,232,424, Guth. d. Staates 7,660,311, Notenreserven 12,536,420, Regierungssicherheiten 14,545,365 Pf. St.

Liverpool, 11. Mai. [Baumwolle] (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. — Middling Orleans 6%, middling amerikanische 6 ½, fair Dhollerah 4 ½, middl. fair Dhollerah 4 ½, good middl. Dhollerah 3 ½, middl. Dhollerah 3 ½, fair Bengal 4, good fair Broach 4 ½, new fair Domra 4%, good fair Domra 4 ½, fair Madras —, fair Pernam 6%, fair Smyrna 5 ½, fair Egyptian 6%. — Matt, unregelmäßig.

Paris, 11. Mai. (Schlußbericht.) 3% Rente 67,80, Anleihe de 1872 105,25, Italienische 5% Rente 71,95, Ital. Tabaks-Aktion —, Italienische Tabaks-Obligationen —, Franzosen 563,75, Lombardische Eisenbahn-Aktion 167,50, Lombardische Prioritäten 234,00, Türken de 1865 12,55, Türken de 1869 72,00, Türkenloose 39,25, Credit mobilier 165, Spanier extér. 13 ¾, do. inter. 12,81, Suezcanal-Aktion 732, Banque ottomane 365, Société générale 520, Egypter 227. — Wechsel auf London 25,21. — Ruhig, Schlüß fest.

Paris, 11. Mai. Productenmarkt. Weizen fest, per Mai 28,50, per Juni 29,00, per Juli-August 29,50, per September-Dezember 30,50, Mehl fest, per Mai 62,75, per Juni 63,00, per Juli-August 64,00, per September-Dezember 65,25, Rüböl rubig, per Mai 81,25, per Juli-August 82,00, per September-Dezember 83,75, per Januar-April 84,50, Spiritus bebt, per Mai 48,25, per Juli-August 49,25.

Paris, 11. Mai. Bankausweis. Baarvorrath 15,308,000 Junahme, Guthaben des Staatschafes 17,675,000 Jun. Laufende Rechnungen der Privaten 5,948,000 Jun., Portefeuille der Hauptbank u. d. Filialen 12,891,000 Junahme, Gesamt-Borschüsse 25,000 Jun., Notenumlauf 15,705,000 Fr. Jun. Abn.

Antwerpen, 11. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen steigend. Roggen steigend. Hafer gefragt. Gerste stetig. — Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 28 bez. und Br., per Mai 28 Br., per Juni 28 ½ bez., 28 ¾ Br., per September 29 ½ Br., per September-Dezember 30 ½ Br. — Fest.

New York, 10. Mai. (Schlußcourse.) Wechsel auf London in Gold 4 D 87 ½ C., Goldagio 12 ½, 5 ½ Bonds per 1885 114 ½, do. 5% fundierte 117%, 5 ½ Bonds per 1887 120 ½, Griebahn 15, Central-Pacific 106%, New York Centralbahn 110, Höchste Notirung des Goldagios 12 ½, niedrigste 12 ¼, Waarenbericht. Baumwolle in New York 12 ½%, do. in New Orleans 11 ½, Petroleum in New York 13 ½%, do. in Philadelphia 13 ½, Mehl 5 D. 00 C., Rother Frühjahrswiesen 1 D 30 C., Mais (old mixed) 62 C., Zucker (fair refining Muscovados) 7%, Kaffee (Rio) 17 ¾, Schmalz (Marke Wilcox) 13 C., Speck (short clear) 11 ½ C., Getreidefracht 7.

## Productenmärkte.

Königsberg, 11. Mai. (v. Portatius & Grothe.)
Weizen $\varnothing$ 1000 Kilo hochbunter 128/97 214,
129/307 215,25, russ. 1297 211,75 M. bez., bunter
128/97 205,25 M. bez., rother 126/78 205,25, 1287
202,25, 203,50, russ. 1147 181,25, 116/78 177,50,
1197 185,75 M. bez. — Roggen $\varnothing$ 1000 Kilo
fremder 1137 138,75, 1147 132,50, 1187 141,25,
1197 142,50 M. bez., Mai-Juni 149 M. Br., 146 $\frac{1}{4}$
M. Gd., Juni-Juli 149 M. Br., 146 $\frac{1}{2}$ M. Gd., Sept.
Oct. 152 $\frac{1}{4}$ M. Br., 150 M. Gd. — Gerste $\varnothing$ 1000
Kilo groÙe 147, Graupen-Gerste 168,50 M. bez. —

Hafer  $\varnothing$  1000 Kilo loco 176, russ. 150 M. bez. —  
Erbsen  $\varnothing$  1000 Kilo weiße 173,25 M. bez. —  
Spiritus  $\varnothing$  10 000 Liter p. ohne Fäss in Posten von  
5000 Liter und darüber loco 51 M. bez. Frühjahr 51  
M. Br.,  $50\frac{1}{2}$  M. Gd., Mai-Juni 51 M. Br.,  $50\frac{1}{2}$   
M. Gd., Juni 51 M. bez., Juli  $52\frac{1}{2}$  M. Br.,  $51\frac{1}{2}$  M.  
Gd., August 52 M. bez., 2. Hälfte August 53 M.  
Br.,  $52\frac{1}{4}$  M. Gd., Septbr. 53 M. Br.,  $52\frac{1}{2}$  M. Gd.,  
September-October 52 M. Br., 51 M. Gd., kurze  
Lieferung  $50\frac{1}{4}$  M. bez.

Breslau, 11. Mai. Kleefamen nominell, rother  
Zur 50 Kilogr. 53—60—62—68 M., weißer Zur 50  
Kilogr. 75—80—83—87 M. hochfein über Notiz. —  
Thymothee nominell, Zur 50 Kilogr. 36—39—42 M.—  
Rehgrys 18,50—21,50 M.

Berlin, 11. Mai. Weizen loco vor 1000  
 Kilogramm 180—225 M. nach Qualität gefordert, vor  
 Mai 206,00 M. bez., vor Mai-Juni 205,50 M. bez.,  
 vor Juni-Juli 207,00—206,50 M. bez. vor Juli-August

209,50—209,00 M. bez., vor September-October 211,00—  
 210,50 M. bez. — Roggen loco vor 1900 Kilogr.  
 148—165 M. nach Dual. gef., vor Mai 153,50—152,50—  
 153,00 M. bez., vor Mai-Juni 152,50—151,50—152,00  
 M. bez., vor Juni-Juli 151,00—150,50 bez., vor Juli-  
 August 151,00—150,50 M. bez., vor August-September  
 153,50 M. bez., vor Sept.-Oct. 153,50 M. bez. — Gerste loco  
 vor 1000 Kilogr. 141—180 M. n. Dual. gef. — Hafer loco  
 vor 1000 Kilogr. 150—190 M. nach Dual. gef. — Erbsen  
 loco vor 1000 Kilogr. Kochwaare 178—210 M. nach  
 Dual. Futterwaare 170—177 M. nach Dual. bez.  
 Weizenmehl vor 100 Kilogr. brutto unverst. incl. Sac  
 No. 0 27,50—26,50 M., No. 0 und 1 25,50  
 Sac 24,00 M. — Hafermehl vor 100 Kilogr. unverst.

bis 24.00 — Roggennmehl für 100 seiligr. unbeljt.

incl. Sad No. 0 23,50—22,00 M. No. 0 u. 1 21,25—  
19,75 M., *vor* Mai 21,25—21,10—21,15 M. bez., *vor* Mai-  
Juni 21,35—21,10—21,15 M. bez., *vor* Juni-Juli  
21,25—21,10—21,15 M. bez., *vor* Juli = August  
21,40—21,25 M. bez., *vor* August-September — M. bez.,  
*vor* September-October 21,55—21,45 M. bez. —  
Leinl. *vor* 100 Kilogr. ohne Fäss — M. bez. —  
Rüböl *vor* 100 Kilogr. loco ohne Fäss 64,5 M. bez., *vor*  
Mai 64,8—65 M. bez., *vor* Mai = Juni 64,8—65  
M. bez., *vor* Juni-Juli 64,8—65 M. bez., *vor* Juli-

August - M. bez., vor August - September - M. bez., vor September-October 64,5 - 64,6 - 64,5 M. bez.  
- Petroleum raff. vor 100 Kilogr. mit Fass loco  
27 M. bez., vor Mai 24 M. bez., vor Mai-Juni -  
bez., vor September-October 25,2 - 25,5 M. bez.  
- Spiritus vor 100 Liter à 100 pt = 10,00L oft loco  
ohne Fass 47,5 M. bez., ab Speicher 47,2 M. bez., mit  
Fass vor Mai 47,5 - 47,3 M. bez., vor Mai-Juni 47,5 -  
47,3 M. bez., vor Juni-Juli 47,6 - 47,4 - 47,5 M. bez.,  
vor Juli-August 48,6 - 48,3 - 48,4 M. bez., vor August-  
September 49,6 - 49,3 - 49,4 M. bez., vor September-  
October 49,8 - 49,5 - 49,6 M. bez.

# Berliner Fondsbörse vom 11. Mai 1876.

Angesichts der politischen Conferenzen, die man für die nächsten Tage hier erwarten kann, verhielt sich die Börse heute fast vollständig abwartend. Der Geschäft斯verkehr blieb klein und unbedeutend, die Tendenz im Allgemeinen fest. Letzteres gilt namentlich von Eisenbahnen, die indes zuletzt einer schwächeren Haltung anheimfielen. Von vornherein flau zeigten sich Lombarden; der Cours für Londoner Wechsel stellte sich höher.

Desterr. Creditactien gingen ziemlich lebhaft um, hielten sich, mehrfache Schwankungen abgerechnet, aber im gleichen Courstabeau. Galizier sehr fest und wiederum höher. Die localen Speculationswerthe waren still und wenig verändert. Dorthm. Union fest und anziehend. Die auswärtigen Staatsanleihen trugen einen befriedigenden Character, vermochten indeß kaum einige Coursavancen durchzuführen. Desterr. Renten zogen etwas an.

1860er Jahre notieren ebenfalls etwas höher. Türken und Italiener bleiben eher vernachlässigt. Russische Werthe waren im Allgemeinen fest, wurden jedoch nur wenig umgesetzt. Preußische und andere deutsche Staatspapiere verhielten sich ebenfalls sehr still. Prioritäten haben ein mäßiges Geschäft aufzuweisen, bewegen sich aber in guter Fertigkeit. Auf dem Eisenb.-Act.-Markte konnte sich die feste Haltung nicht bis zum Schluss be-

haupten. Der Umlauf in den rheinisch-westfälischen Spekulationsdevisen war ziemlich umfangreich. Die Course hatten mit den Schlussnotirungen vom Dienstag eröffnet und schlugen dann steigende Richtung ein. Leichte Aktionen unbeliebt, aber ziemlich fest. Bankaktien sehr still. Danziger Bankverein ging rege um. In Industriepapieren wenig Verkehr.

† Binsen vom Staate garantirt.

Deutsche Fonds.		Hypothenen-Fondsb.				D. 187		D. 1874		D. 187		Berg- u. Hütten-Gesellsch.		
Consolidirte Anl.	4 104,50	U. Bd. Gr. & St.	100,20	do. Präm.-A. 1864	5 176	Berlin-Saalebus.	174,25	10	+ Elzgard-Posen	101,25	4 1/2	do. do. B. Elberfeld	5 59	
Pr. Staats-Anl.	4 99,60	Bod. Grd. Hyp.-Bld.	103,30	do. do. von 1866	5 171,10	Berlin-Nordbahn	—	0	Xhülinger	120	8 1/2	Em. B. & G. Kt.	12,75	
Großherzogl. Anl.	3 93,90	Gent. Bd. Gr. Piso	107,90	Kuss. Bod. Grd. Pfd.	5 85,90	Berl.-S. Magdeb.	82,50	3	Zilfis-Insterburg	24,50	0	Fünfz. Rorkeb.	5 55,40	
Gr. Präm.-A. 1855	8 131,40	do. do.	98,50	Kuss. Central. de.	5 87,75	Berlin-Schön.	124	—	Weimar-Gera gar.	47,25	2 1/4	Fünfz. Odenb.	5 52,60	
Randh. G. Pfdre.	4 95,70	Küss. do.	100,20	Kuss. Pol. Schönb.	4 85,60	Berl. Schön.-Ges.	78,75	5 1/2	do. St. Pr.	25,25	2 1/2	Siebz. Grajewo	5 74,50	
Preuß. Pfdre.	3 86	Danz. Hyp.-Pfdre.	100,00	Berl. S. Böhmen	5 76,80	Böhmen-Minden	102	6%	Breit-Grajewo	24,50	—	Charl.-Eliz. v. ff.	5 96	
do. do.	4 95,80	Goth. Präm.-Pfd.	109,25	do. do. do.	5 68,20	Böhmen-Kiew	100,90	5	Breit-Kiew	—	—	Russl.-Gardow	5 95,50	
do. do.	4 102	II. n. IV. Gr. v. 1855	102	Gel. At.-Kempn.	1 0	Galizier	82,75	6	Charl.-Kiew	—	—	Oek.-Gebit.-Krl.	5 96,40	
Pomm. Plandre.	3 84,70	III. Gr. v. 1860	100,50	do. St. Pr.	2 0	Gotthardbahn	48	6	Moiss.-Kohlen	5 99,25	8	St. Bodener. Bl.	99	
do. do.	4 95,40	do. v. 1881	104,20	do. St. Pr.	21,60	Halle-Sorau-Gab.	12	0	Mosk.-Smolensk	5 96,10	9 1/2	Brüx. Gr. v. 1860	117,50	
do. do.	4 102,60	Stett. Nat. Opp.-E.	101	do. St. Pr.	15	Hannover-Lüneb.	102,60	0	Niedinsk.-Bologoye	5 84,90	0	Vom. Ritterf.-Krl.	51,50	
Ausländische Fonds.		do. Gold.-A.	101,10	do. St. Pr.	35	Hessen-Cassel.	102,60	0	Polozan.-Korlow	5 96,90	2 1/2	Graffenh. Culm.	125	
Westpreuß. Fodre.		do. Gold.-A.	70,80	do. Nordwestb.	220	Hessen-Franz. K.	451,50	6 1/2	Marischau-Teresy.	5 95,50	5 1/2	Schle. Danzigerin	69,75	
Österr. Kap.-Rente		do. Italienische Rente	56,50	do. B. Junge	5	do. St. Pr.	22,25	0	Reidenb.-Barth.	50,25	4 1/2	Stett. Vereinsbank	82,50	
do. do.	4 95,50	do. Kapell.-Acht.	59,50	do. St. Pr.	71,30	Italienische Rente	21,25	3 1/2	Reidenb.-Barth.	—	—	Stett.-M. Diskontb.	86,50	
do. do.	4 101,40	do. Koop.	—	do. St. Pr.	71,75	Kaudernische Rente	63	3 1/2	Reidenb.-Barth.	—	—	Belg. Bankai.	6	
do. II. Ser.	5 106,60	do. Grd.-S. v. 1858	—	do. St. Pr.	63	Spanische Rente	90,50	5	Reidenb.-Barth.	76,50	8	Aktien d. Colonie	6000	
do. do.	4 101,75	do. Koop. v. 1850	101,75	do. St. Pr.	92	de. C.	107,10	5 1/2	Reidenb.-Barth.	104,25	17,7	Aktienbau. Passe	24,25	
do. neue	4 98	do. Koop. v. 1864	265	do. St. Pr.	95,50	Magdeb.-Leipzig	142,50	0	Reidenb.-Barth.	142,50	2 1/2	Berl. Tassen.-Ver.	180	
do. do.	4 102,20	Ungar. Wiss.-An.	69,10	do. St. Pr.	96,25	Magdeb.-Leipzig	6,90	0	Reidenb.-Barth.	142,50	0	Berl. Bau.-V. Ver.	44	
do. do. II. S.	4 101,20	Ungar. Wiss.-An.	156	do. St. Pr.	10,90	Magdeb.-Leipzig	13,25	0	Reidenb.-Barth.	142,50	0	Berl. Centralstr.	37,50	
Ungarische Fonds		do. St. Pr.	—	do. St. Pr.	15,75	Magdeb.-Leipzig	15,75	0	Reidenb.-Barth.	45,25	5	Reidenb.-Barth.	49,50	
Pomm. Rentenbr.		do. Spanische IL	84,20	do. St. Pr.	30,80	Niederländ.-Märt.	98	4	Reidenb.-Barth.	45,25	5	Reidenb.-Barth.	13	
Bojensche do.		do. St. Pr.	97	do. St. Pr.	—	Niederländ.-Märt.	98	4	Reidenb.-Barth.	45,25	5	Reidenb.-Barth.	13	
Preußische do.		do. St. Pr.	97	do. St. Pr.	—	Niederländ.-Märt.	98	4	Reidenb.-Barth.	45,25	5	Reidenb.-Barth.	13	
F. Eisenb.-Stamm- u. Stamm- Prioritäts-Aktionen.		Ausländische Prioritäts- Obligationen.		D. 1876		D. 1876		D. 1876		D. 1876		Götzen.		
Bad. Präm.-Anl.		do. do. Anl. 1852	98,75	do. St. Pr.	35,25	0	Reichenb.-A. n. C.	142,50	10 1/2	Reichenb.-A. n. C.	129,75	0	Gaudib.-ee	—
von 1867		do. do. Anl. 1870	—	do. St. Pr.	180	Reichenb.-A. n. C.	142,50	10 1/2	Reichenb.-A. n. C.	129,75	0	Dufaten	—	
Bayer. Präm.-A.		do. do. Anl. 1871	98,40	do. St. Pr.	27,25	Reichenb.-A. n. C.	5 56,40	7	Reichenb.-A. n. C.	129,75	0	Sovereigns	20,33	
Braunsch. Pr.-A.		do. do. Anl. 1872	98,25	do. St. Pr.	75,25	Reichenb.-A. n. C.	5 58,75	6	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Imperials pr. 500 Gr.	16,18	
Königl.-Wd.-G. S.		do. do. Anl. 1873	98,25	do. St. Pr.	107,25	Reichenb.-A. n. C.	5 67	6	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Dollar	—	
Hmbg. Gottl. Loope		do. do. Anl. 1873	91,75	do. St. Pr.	103,75	Reichenb.-A. n. C.	90	5 1/2	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Fremde Banknoten	—	
Lübeck. Pr.-Anl.		do. do. Anl. 1875	41	do. St. Pr.	108,25	Reichenb.-A. n. C.	314,25	3	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Oesterreichische Bankn.	169,40	
Oldenburg. Fonds		do. St. Pr.	136	do. St. Pr.	41	Reichenb.-A. n. C.	79,50	3	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101	
do. St. Pr.		95,80	do. St. Pr.	83,75	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n. C.	123,25	0	Reichenb.-A. n. C.	101	6	Reichenb.-A. n. C.	101		
do. St. Pr.		—	do. St. Pr.	—	Reichenb.-A. n									

Berantwortlicher Redacteur H. Röckner.  
Druck und Verlag von A. W. Käfemann in Dünzig.